

## **V-5 Solidarität statt Rechtspopulismus: Für eine diskriminierungsfreie Sprache im Wahlkampf!**

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 14.12.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1 Am 23. Februar wird ein neuer Bundestag gewählt. Als Grüne Jugend stellen wir  
2 uns einem sprachlichen Überbietungswettkampf von rechts entschieden entgegen.  
3 Wenn ein sozialdemokratischer Bundeskanzler im "großen Stil" abschieben möchte  
4 und ein CDU-Kanzlerkandidat durch rassistische Aussagen wie der von einem  
5 vermeintlichen "Sozialtourismus" von Geflüchteten nach Deutschland auffällt,  
6 müssen Vertreter\*innen von Bündnis 90/Die Grünen sich dem klar entgegenstellen.  
7 Dass solche Aussagen, die der CDU-Kanzlerkandidat getroffen hat, klar  
8 rassistisch sind, ist nicht zu leugnen. Das sollte allgemein und auch von allen  
9 Grünen anerkannt werden. Jede demokratische Partei hat eine große Verantwortung,  
10 den politischen und gesellschaftlichen Diskurs mitzugestalten. Sprache schafft  
11 Realität. Wir erleben seit Monaten einen massiven Rechtsruck in der politischen  
12 Debatte, der insbesondere marginalisierte Menschen stark trifft. Gleichzeitig  
13 nimmt die Zustimmung zu islamfeindlichen und antisemitischen Aussagen in der  
14 Gesellschaft stark zu. Wir fordern die Grünen, insbesondere  
15 Funktionsträger\*innen, dazu auf, diskriminierungsfreie Sprache zu verwenden und  
16 keine rechtspopulistischen Erzählungen aufzugreifen. Gerade mit Blick auf den  
17 Wahlkampf ist das besonders wichtig. Wir als Grüne Jugend stehen für eine  
18 Zukunft, in der alle Menschen sicher, selbstbestimmt und diskriminierungsfrei  
19 leben können und in der alle Menschen, die Schutz suchen, auch Schutz bekommen.  
20 Aktuell sehen wir oft, wie Politiker\*innen demokratischer Parteien  
21 rechtspopulistische Narrative aufgreifen, insbesondere in der Migrationspolitik  
22 und Queerpolitik. In den vergangenen Wochen haben auch Vertreter\*innen der  
23 Partei Bündnis 90/Die Grünen mehrfach Aussagen getätigt, die für uns als Grüne  
24 Jugend inakzeptabel sind.

25 Ein Beispiel hierfür ist die Verwendung des Slogans: "Make Green Great Again".  
26 Wir können nicht nachvollziehen, warum der zentrale Wahlkampfespruch einer Person  
27 übernommen wird, die frauenfeindliche, klimaskeptische, ableistische,  
28 queerfeindliche und faschistische Positionen vertritt, um für die grüne Partei  
29 zu werben. Das ist inakzeptabel! Durch die Übernahme solcher Slogans stärkt man  
30 die Narrative der Urheber\*innen. Wir haben es nicht nötig, uns vermeintliche  
31 Erfolgsstrategien von Trump abzuschauen. Wir fordern daher eine klare

32 Entschuldigung und eine eindeutige Abgrenzung von derartigen Aussagen.

33 Ein weiteres Beispiel ist die Reduktion von Schutzsuchenden und  
34 Asylbewerber\*innen auf Personen, die in Deutschland "ihr Glück suchen" und die  
35 "wir gebrauchen können" z.B. weil sie für uns in Pflegeheimen arbeiten sollen.  
36 Viele Menschen suchen in Deutschland und Europa nicht einfach nur eine neue  
37 Arbeitsstelle, sondern Schutz vor politischer Verfolgung und Krieg! Diese  
38 Tatsache sollte in jedem grünen Interview über Asyl- und Migrationspolitik  
39 gewürdigt werden. Menschen nur auf ihre Nützlichkeit zu reduzieren, ist  
40 entmenschlichend. Wenn im selben Atemzug von Rechten gesprochen wird, die  
41 "verwirkt werden", dann müssen wir als Grüne Jugend dem entschieden  
42 entgegentreten und sagen: "Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Ein  
43 Menschenrecht kann nicht verwirkt werden!" Aussprüche von Rechten, die  
44 "verwirkt" würden, erinnern an das rechte Narrativ vom "verwirkten Gastrecht".  
45 Menschen, die in Deutschland Schutz suchen und sich hier ein Leben aufbauen,  
46 sind keine Gäst\*innen, die wir nach Belieben rausschmeißen können. Sie sind  
47 unsere Mitmenschen und dementsprechend sollten wir sie auch in unserer Sprache  
48 behandeln! Auch hier erwarten wir eine deutliche Entschuldigung und eine  
49 Distanzierung von dieser Sprache.

50 Noch ein Beispiel ist ein Post einer Spitzenpolitikerin auf der Plattform "X",  
51 in dem als Reaktion auf den Anschlag von Solingen gesagt wird, man habe ja zum  
52 Glück schon geregelt, dass Abschiebungen auch nachts und ohne Vorankündigung  
53 stattfinden können. Hier wird eine aus unserer Sicht problematische Verknüpfung  
54 von Sicherheitspolitik und Migrationspolitik hergestellt. Diese Verknüpfung  
55 schürt rassistische Vorurteile gegen geflüchtete Menschen und stellt sie unter  
56 Generalverdacht. Zudem bedeuten nächtliche und unangekündigte Abschiebungen ein  
57 retraumatisierendes Erlebnis für die Betroffenen. Dass der Post inzwischen  
58 gelöscht wurde, reicht nicht aus. Es braucht auch hier eine Entschuldigung für  
59 die Verwendung rassistischer Narrative.

60 Darüber hinaus verurteilen wir, dass in einem Antrag zur 50. BDK, der von  
61 zahlreichen grünen Spitzenpolitiker\*innen unterstützt wurde, neben vielen  
62 inhaltlichen Punkten, die wir als Grüne Jugend ablehnen - wie der Auslagerung  
63 von Asylverfahren in Drittstaaten - von der "Reduzierung ungesteuerter  
64 Zuwanderung" geschrieben wird. Das Narrativ von Migration als vermeintlich  
65 ungesteuerter "Gefahr", die "reduziert" werden müsse, lehnen wir ab, da auch  
66 hier unschuldige Menschen unter Verdacht gestellt und entmenschlicht werden.  
67 Migration ist eine Realität und sie kann nicht ohne massive  
68 Menschenrechtsverstöße "reduziert" werden. Wir als Grüne Jugend treten diesem  
69 Narrativ entschieden entgegen.

70 Ableismus bleibt ein tief verwurzelt Problem in politischen Debatten und  
71 gesellschaftlichen Strukturen. Wir setzen uns geschlossen gegen jede Form der  
72 Diskriminierung aufgrund von Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder

73 neurodiversen Merkmalen ein. Gleichzeitig fordern wir Bündnis 90/Die Grünen dazu  
74 auf, sich aktiv mit Ableismus auseinanderzusetzen, um diskriminierende  
75 Strukturen in der Partei und im öffentlichen Diskurs zu erkennen und abzubauen.  
76 Es ist essenziell, dass ableistischer Sprache und Handlungen in politischen  
77 Diskussionen entschieden widersprochen wird. Die Lebensrealitäten von Menschen  
78 mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und neurodiversen Menschen finden in  
79 politischen Debatten nach wie vor zu wenig Beachtung. Ihre Perspektiven und  
80 Erfahrungen müssen sichtbar gemacht und in den Mittelpunkt gestellt werden. Wir  
81 als Grüne Jugend sehen es als unsere Verantwortung, uns konsequent für ihre  
82 Rechte einzusetzen und dafür Plattformen zu schaffen, auf denen sie ihre  
83 Anliegen selbstbestimmt vertreten können. Der Bundesvorstand der Grünen Jugend  
84 wird zudem aufgefordert, sicherzustellen, dass künftige Wahlkampagnen möglichst  
85 barrierefrei gestaltet sind. Dies umfasst sowohl physische als auch digitale  
86 Barrierefreiheit sowie die Vermeidung ableistischer Sprache und Darstellungen.

87 Bündnis 90/Die Grünen müssen für einen Politikstil stehen, der für alle Menschen  
88 da ist und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie stärkt.  
89 Bündnisgrüne Politik muss sich daran messen lassen, wie viel Sicherheit sie für  
90 marginalisierte Gruppen bietet. Eine antirassistische Sprache kann hier nur  
91 einen Anfang darstellen.